

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Verlagsbuchhandlung
Göttingen-Zürich.
Herausgeber
Franz gegen Franz.
Gewöhnliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postbüreau, sowie beim Verlag
und dessen bekanntem Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
Wierteljahrespreis von:
Fr. 2. — für die Schweiz (Reuzband)
Fr. 3. — für Deutschland (Gambert)
Fr. 1.70 für Oesterreich (Gambert)
Fr. 2.60 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Reuzband)
Inserate
die dreizehnpaltige Pettizelle
25 Gts. — 20 Flg.

Nr. 26. Briefe an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Oesterreich verbotenen „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung äußerster Vorsicht abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Bekadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben. 24. Juni 1886.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Unser in- und ausländischen Brief- & Kreuzband-Abonnenten zur Nachricht.

Alle Einzelabonnements bei uns, welche vor Ablauf Juni nicht erneuert sind, werden mit 1. Juli gesperrt. Bei Bestellung durch Vertrauensleute erneuere man dieselben dort gleichfalls vor diesem Termin.

Alle direkten und indirekten Briefsendungen sind vorauszahlbar.

Durch Paketbezügler bei uns angewiesene Briefexemplare liefern und belasten wir für nächstes Quartal auf deren Konto weiter, wenn Abbestellung nicht vor Anfang Juli erfolgt.

Einzelbezügern wird kein Konto eröffnet!

Abonnements für die Schweiz werden mit Nummer 27 nachgenommen, sofern Einzahlung des Abonnementsgeldes nicht zuvor erfolgt.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Allgemeiner Unterstützungs-Fonds.

Im März und April gingen ein:
Wolter Schöffe Berlin 10. — F. Dresden 10. — Deutscher in Genf 140. — Fr. Gr. Großenhain 50. — Sch. Berlin 12. — Augsburg 20. — Durlach 10. — K. B. Hain-Dresden 100. — Bielefeld 50. — Döberstadt 100. — S. v. S. Rünghen 60. — Schwerin 10. — „G.“ 100. —
Schwabach 5. — München 47.25. — Dessau 5.50. — Stuttgart 21.70. — Dederan 4.50. — Hamburg 19.25. — Zwickau 25.60. — Chemnitz 51. — Brandenburg 20. — Würzburg 2.50. — G-n. Stuttgart 2. — (für Wahl im 19. Jahrg.) 30.90. — Karlsruhe 15.50. — Würzburg 7. — Bayreuth 30.55. — Sommerfeld 7. — Löttau 31. — Jülich 20. — Hagen 7.50. — Mariendorf 2. — Benninghausen 10.50. — Werbau 5.50. — Nürnberg 30. — Ohlau 4.10. — Neumünster 15.50. — Brandenburg 15. — Dessau 5.50. — Olaschau 10. — Dresden 100. — Biogny 21. — Merseburg 11. — Köln 60. — Herlohn 10.50. — Iphoe 61.50. — Esh b. Hügen 5.50. — Ronsdorf 10.50. — Spremberg 21. — Peine 28. — Stuttgart 20.50. — Neumünster 18. —
Leipzig, Einigkeit macht stark 15. — Braunschweig 140. — B. R. Meissen 89. — Altgerdorf 12. — Berlin „rotter Karl“ 5.75.

Im Mai gingen ein:
Mariendorf 5.50. — Ruffel 31. — Kiel 29. — Gaarden 8.60. — Winterfeld b. Kiel 10. — Rendsburg 3.15. — Hamburg 250. — Ohlau 4. — Koldba 31. — Brandenburg 25. — Bayreuth 15.50. — Potsdam 17. — Aus dem Potsdamer Kreis 10. — Schleswig 8.50. — Frankfurt an der Oder 6.50. — Forst i/L. 20.50. — Spremberg 10.50. — Wilhelmshafen 10.50. — Bielefeld 20. — Baden-Baden 5. — Herlohn 10.50. — Danzig 13.50. — Brandenburg, von den Geschlechtern an der Havel 20. — Eisenach 4. — Ungenannt 100. — Hannover 100. —

Allgem. Wahl- und Diäten-Fonds.

Im März und April gingen ein:
Gartba „Schwarze Hand“ 10. — Solingen B. R. 7.50. — Solingen 8. — Götlich 50. — W. Schwesig 8. — Dresden-Neustadt 50. — Erfurt „Das Banner hoch“ 25. — Alte Lannen 16. — S. Hamburg 10. — D. Wt Berlin 10. — Cottbus 10. — Reuß a/Rh. 110. — Ronsdorf 30. — S. R. . . . K. 10. — Gaarden 40. — Rugsburg 20. — Heubiedrichsdorf 12. — Zeulenroda 16. — Bielefeld 50. — Berlin 200. — Dresden-Neustadt 50. — Rühlhausen i/Thür. 10. — Unterbarren 5. — Wgerleben 15. — Kwoa (Schottland) 10.20. — Für den B. Sch. Wahlkreis i. b. Wahl 1884: 25. — Meissen 8. — Chemnitz 112.90. —
Frankfurt a. R. 15. — Berliner Buchdrucker 25. — Wgerleben 10. — Bremen 35. — Von 11 Cigarrenmachern vor dem bunten Thor 10. — Bremen 15. — F. in R. 10. — Hamburg 1000. — D. D. Stgtr. 1580. — Darmstadt 60. — Wolfenbüttel 20. — Augsburg 15. — Hannover 100. — Bremen 150. — Ronsdorf 30. — Von Leipzig Stadt und Land mit dem Motto: Bismarck zum Trost 500. — Berlin, Buchdrucker 50. — Johannegeorgenstadt 41.90. — Ungenannt 1500. — Bayreuth 10. — Neumünster 100. — Nürnberg 180. — Forchheim 10. — Nürnberg 120. — Jülich 30. —

(Fortsetzung folgt in Nr. 27.)

Eine Antwort.

Unser Artikel in Nr. 23, in welchem wir den Herren Buttikamer und Konsorten die Frage vorlegten, was sie sich eigentlich mit ihrer, neuerdings gegen die Arbeiterbewegung eingeschlagenen Ausweisung- u. Praxis zu erreichen einbilden, dieser Artikel scheint in gewissen Kreisen sehr unangenehm verührt zu haben.
Wir haben nämlich darin, und zwar, wie wir gleich berichten wollten, mit vollem Bewußtsein der Tragweite unserer Worte, einen Punkt berührt, in dem die herrschenden Kreise in Deutschland sehr empfindlich sind: die Frage des Patriotismus.

„Bilden sich die Herren gar ein“, fragten wir, „durch Streit-Usafe und ähnliche Polizeibrutalitäten werden sie den deutschen Arbeiter Patriotismus hebringen?“ Und an anderer Stelle wiesen wir darauf hin, daß im gegenwärtigen Moment, wo jeden Augenblick ein europäischer Krieg ausbrechen kann, „für die Regierenden alle Veranlassung gegeben ist, sich mit den Regierten gut zu stellen.“

Das hat einem bekannten Offiziösen Veranlassung gegeben, in dem konservativen Hamburgischen „Korrespondent“ mit einer wahren Berserkerwuth über uns herzufallen.

„In der einen Nummer, ruft er in einem „Sozialdemokratische Drohungen“ überschriebenen Artikel pathetisch aus, „wird das „Recht zur Rebellion“ erklärt, in der darauf folgenden dieses selbe „Recht“ für den Kriegsfalle in aller Deutlichkeit, nur mit anderen Worten, förmlich reklamirt, dies alles in demselben Athembzuge, in welchem fort und fort die Preisfertigkeit der sozialdemokratischen Bewegung betont wird, dies Alles in dem offiziellen Parteiorgan — fürwahr, das scheint das Maß dessen, was der einem gewaltsamen Umsturz abholde Theil der Sozialdemokratie von einem Blatte, für dessen Inhalt er mitverantwortlich ist, allenfalls noch hinnehmen kann, weit zu übersteigen! Wir haben nicht bloß das Vertrauen, nein wir sind überzeugt, daß die weitaus größte Mehrheit der in der Sozialdemokratie vertretenen deutschen Arbeiter trotz der systematischen Berührung gewissenloser Kalkulatoren so weit noch nicht von der Auerwälderwelt angekränelt ist, daß sie Einem, der mit Gebanken wie den von dem vaterlandlosen Sozialistenblatt hier entwidelten ihnen ins Haus käme, nicht entchieden die Thüre wiesle. Eine Spekulation auf Verrath — und nicht viel Anderes predigt hier der „Sozialdemokrat“ — findet in deutschen Herzen niemals ein Echo, auch nicht unter dem Wamme des Arbeiters, und wenn er selbst zur sozialdemokratischen Partei gehört, der er sich angeschlossen haben mag, weil er von ihr die beste Vertretung seiner Interessen erwartet, nicht aber, um ihr sein nationales Ehrgefühl zu verkaufen.“ . . . „Man müßte niemals unter Arbeitern verkehrt haben, um zu glauben, daß sie, von einzelnen Fanatikern abgesehen, einer Verführung zugänglich seien, wie jetzt in Ausbeutung der Unzufriedenheit der „Sozialdemokrat“ eine zu veruchen nicht übel willens schreit.“

Wenn Letzteres der Fall, wann das, was wir in unserem Artikel verurtheilt haben sollen, so ganz ansichtslos ist, wozu fragen wir, dann eigentlich der Värm? Dann wäre es doch viel mehr angebracht, uns ob unserer Einbildung zu verböhen. Daß der Offiziösus das nicht thut, sondern Zeter und Mordio schreit und „die Arbeiter und diejenigen, welche schon einmal gegen die das Regiment führende Clique das Wort genommen haben“, auffordert, „im eigensten Arbeiterinteresse“ gegen unsere Ausführungen Verwahrung einzulegen, deutet jedoch darauf hin, daß es ihm mit seiner großen Sicherheit selbst nicht ganz geheuer vorkommt.

Wie dann nun, werther Offiziösus, wenn nicht nur „die das Regiment führende Clique“, sondern unsere gesammte Partei so denkt, wie in dem genannten Artikel ausgeführt?

Sehen Sie, Ihr Artikel ist in den Kreisen der Sozialisten Hamburgs sicherlich viel gelesen und erörtert worden. Unsere Hamburger Genossen, in ihrer Festigkeit und Opferwilligkeit der Stolz der Partei, sind nun in ihrer großen Mehrheit nichts weniger als Himmelsstürmer. Es sind ruhige, bedächtige Leute, was man so gemäßig nennt. Aber trotz Ihrer Aufforderung ist uns von Hamburg noch keinerlei Verwahrung gegen den bösen Artikel, der Ihren Zorn erregte, zugegangen. Und so wenig fürchten wir, daß uns von irgend einer Seite in der Partei eine solche Verwahrung zugehen könnte, daß wir Ihrer Aufforderung dazu sogar durch wörtlichen Abdruck die weiteste Publizität in den Reihen der Genossen geben.

Also — in unseren Worten liegt eine „Spekulation auf den Verrath“, wir verlangen von den deutschen Arbeitern, daß sie uns „ihre nationales Ehrgefühl verkaufen“.

„Nationales Ehrgefühl“ — wer laßt da?

Wenn in den deutschen Arbeitern bisher etwas von dem vorhanden war, was Ihr als „nationales Ehrgefühl“ bezeichnet, dann seid Ihr es gerade, die es mit Euren Nechtungs- gesetzen und Unterdrückungsmaßregeln systematisch in ihnen erlödet! Glaubt Ihr, das Ehrgefühl ist eine Sache, die sich, je nachdem man sie braucht, beliebig konstruiren und dirigiren läßt? Tretet einen Menschen mit Füßen, behandelst ihn wie einen Hund, den man heute streichelt und morgen peitscht, und dann verlangt Ehrgefühl von ihm! Was er davon besitzt, wird sich gegen Euch kehren, und nicht gegen den, auf den ihn zu heken es Euch jeweilig beliebt.

Ihr habt den deutschen Arbeitern das Versammlungsrecht genommen, Ihr habt ihnen das Recht der Rede- und Pressefreiheit gemeinlich, Ihr raubt ihnen das Koalitionsrecht, Ihr diskutirt mit rücksichtsloser Unverschämtheit die Mittel und Wege, wie Ihr ihnen am bequemsten das Wahlrecht eskamotiren könnt, und Ihr bildet Euch ein, daß die Arbeiter für all' diese ihnen zugefügte Unbill, für all' diesen Schimpf kein Gefühl haben, daß sie sofort aufspringen und freudig ihr Blut verspritzen würden, wenn es Euch einfällt, ihnen zuzurufen: Der Feind rückt an!

Noch einmal, wofür haltet Ihr die deutschen Arbeiter?

Soviel laßt Euch gesagt sein: Die deutschen Arbeiter sind weder Hunde, noch sind sie Bedienten, sie haben Ehrgefühl, Dank der sozialistischen Agitation sogar ein sehr stark entwickeltes Ehrgefühl. Ihre internationale Gesinnung verhindert sie auch keineswegs, sich als Angehörige einer bestimmten Nation zu fühlen. Aber sie sind keine Mordspatrioten, welche die Erstgeburt ihrer politischen und wirtschaftlichen Rechte um das Einsengericht nationalen Kriegsrühms hergeben. Mit Buttikamer'schen Streit-Usafen und Richtofen'schen Aus-

weisungs- und Auflösungs-Dekreten werdet Ihr das zu aller- lezt ändern.

Der französische Chauvinismus hatte wenigstens insofern eine gewisse Berechtigung, als die Franzosen bis in die neueste Zeit sich einbildeten, sie schlugen sich für die großen Prinzipien der französischen Revolution, für die Sache der Freiheit und der Zivilisation. Es war eine Einbildung, aber ihr lag doch eine große Idee zu Grunde, die Ziele begeisterte. Woran soll sich aber der deutsche Arbeiter begeistern, wenn an ihn der Ruf ergeht: Auf nach Westen, Süden, Norden oder Osten — mit welchem „Feind“ es Bismarck gerade beliebt, anzubinden? Etwa an der tröstlichen Aussicht, die Welt für das Sozialistische Gesetz und die Koalitionsverbote zu erobern?

Wir möchten sehr bezweifeln, daß ihn dieser Siegespreis lebhaft entflammen wird.

Diese ganz natürliche Erwägung war es, der wir im vorigen Artikel Ausdruck gegeben. Es war eine Warnung an die Regierenden in Deutschland, des Momentes zu gedenken, wo sie nur mit der Schlagfertigkeit des herrlichen Kriegsheeres, sondern mit der Gesinnung des gesammten Volkes zu rechnen haben werden. Will man es eine Drohung nennen — auch gut. In jeder Warnung ist eine Drohung enthalten, und es fällt uns gar nicht ein, zu leugnen, daß, indem wir die Regierenden an ihre Interesse mahnten, für uns dabei nicht dieses, sondern das Interesse der Regierten, des arbeitenden Volkes maßgebend war. Also darüber streiten wir nicht.

Nun sollen wir aber auch eine „Spekulation auf Verrath“ gepredigt haben. Häßliches Wort: Verrath. Und in Niemandes Ehren hat es einen häßlicheren Klang als in den unseren. Lassen wir uns aber durch den Klang nicht abhalten, die Sache zu untersuchen.

Worin kann der „Verrath“ bestehen, den wir gepredigt — nein, auf den zu spekuliren wir gepredigt? Darin etwa, daß die deutschen Arbeiter als Soldaten entweder in Masse desertiren oder die deutschen Heerführer im Rücken angreifen möchten? Nun, wir erinnern uns, gelesen zu haben, daß der Leiter der deutschen Reichspolitik im Jahre 1866 mit dem ungarischen Revolutionär Klapka Unterhandlungen gepflogen und ihm mehrere Millionen Thaler zu dem Behufe angewiesen, er solle die ungarischen Offiziere veranlassen, ihren Fahnen- eid zu brechen und dem Heere des Kaisers von Oesterreich, ihres Herrn, in den Rücken zu fallen.

Ein ärgerer Verrath ist gar nicht denkbar, und auf einen solchen bloß zu spekuliren, kann doch kaum ein schlimmeres Verbrechen sein, als einen solchen anzustiften. Selbst wenn wir also so schwarze Pläne hegten, handelten wir nicht nur nach sehr berühmten, sondern auch nach in Deutschland sehr hochgeehrten Mustern.

Oder meint der Offiziösus etwa, daß wir auf eine Revolution insofern eines unglücklichen Krieges, nach Art der französischen Erhebung vom 4. September 1871, spekulirten — nicht doch, zu spekuliren predigten? Nun, dann erinnern wir ihn daran, daß im Jahre 1866 in verschiedenen deutschen Staaten das Volk seine bisherigen Regierungen nur Dank eines von diesen unglücklich geführten Krieges los wurde, und daß diese „Befreiung“ vollführt wurde mit Hilfe Seiner Majestät des Königs von Preußen und seiner erlauchten Rätthe. Wird er diese alle der Beihilfe zum Verrath beschuldigen? Sind die Herren v. Bennigsen, Miquel, Münster u. in seinen Augen nichtswürdige Verräther, weil sie ihre bisherige Regierung beseitigen halfen?

Wenn nicht, dann behalte er auch seine Entrüstung hübsch für sich.

Aber, hören wir hier einwenden, diese Beseitigung geschah im nationalen Interesse, sie war geheiligt durch das hohe Ziel der Schaffung eines einigen Deutschlands.

Je nun, das sind schließlich nur Ansichten. Die Begründung eines freien Deutschlands ist doch wohl auch ein hohes Ziel, und sie ist nach Ansicht vieler Leute auch ein nationales Ziel. Wenn es also auf das Ziel ankommt, um für die Völker das Recht auf die Anwendung derjenigen Mittel zu reklamiren, welche die Regierenden für ihre Zwecke nicht verschmäht haben, so ist jede Diskussion überflüssig. Denn ob ein Ziel berechtigt ist oder nicht, darüber entscheidet nach der neupreußischen Staatsrechttheorie lediglich der Erfolg.

Selbst wenn also unsere Ausführungen den Sinn gehabt hätten, den der Offiziösus des Hamburgischen „Korrespondenten“ ihnen unterstellt, so läge immer noch keine Veranlassung vor, uns einer besonders verwerflichen Gesinnung zu zeihen.

Nun haben wir aber weder gesagt, daß die Dinge so kommen sollen oder kommen möchten, sondern wir haben lediglich angedeutet, was kommen kann. Und ist selbst das heute schon ein Verbrechen?

Ja, das ist es allerdings. In der Frage des „Patriotismus“ verstehen unsere Regierenden keinen Spaß. Patriotismus heißt in ihren Augen blinde Unterwerfung der Völker unter die Führung ihrer Herrscher. Auf diesen Patriotismus ist ihr System aufgebaut, und der Gedanke, daß er einmal in die Brüche gehen könnte, ist ihnen unerträglich. Hier ist die Stelle, wo sie verwundbar, und darum auch am empfindlichsten sind.

Wir wissen das, und gerade weil wir es wissen, haben wir sie an dieser Stelle gepackt. Die niederträchtigen Polizeibrutalitäten, welche sie in dem gegenwärtigen Moment über die deutschen Arbeiter ergehen lassen, haben dieselben auf äußerste erbittert und in ihren Reihen eine Stimmung erzeugt, wie sie gespannter zu keiner Zeit unter dem Sozialistengesetz bestand. Würden wir dieser Stimmung durch Aufforderung zu Widersehligkeiten u. Ausdruck gegeben haben, so hätten wir gerade das gethan, was die Puttkamer und Konforten wollen. Sie wünschen Widersehligkeiten, um sie mit brutaler Gewalt niederschlagen zu können. Die Polizei- und Militärmacht, über welche sie verfügen, macht heute jeden Versuch der Arbeiter, sich durch die Kraft ihrer Fäuste Recht und Genugthuung zu verschaffen, aussichtslos. Auf ein bisschen Blutvergießen kommt es den Puttkamerlingen ja nicht an, auch einige Dynamitbomben nehmen sie gerne in den Kauf, wenn sie dadurch nur Gelegenheit erhalten, ihre staatsretterliche Aktion zu beginnen.

Wir aber experimentiren nicht mit Arbeiterblut. Und gerade darum haben wir es für nöthig gehalten, die Herren Puttkamer und Konforten daran zu erinnern, daß das Volk denn doch noch nicht so machtlos ist, als sie sich einbilden, daß der Augenblick kommen kann, wo ihre ganze Existenz, ihre ganze Herrlichkeit daran hängt, wie sich die große Volksmasse zu ihnen stellt.

Als in den sogenannten Freiheitskriegen von 1813 und 15 das deutsche Volk sein Blut für die Freiheit seiner Fürsten verströmt hatte, da besuchten es diese wenige Jahre darauf mit den berühmten Karlsbader Beschlüssen, die den erwachten Geist des Volkes in Fesseln schlugen. Kaum daß der „glorreiche Krieg“ von 1870/71 vorüber, wo das deutsche Volk sein Blut für die Einheit Deutschlands unter preussischer Spitze verströmt, da schmiedete man von dieser Stelle aus drakonische Ausnahmegesetze gegen die Arbeiter. So tragen die Herrschenden in Deutschland den Dank an ihre Völker ab. Und dabei wundern sie sich noch und geberden sich höchlichst entrüstet, wenn Jemand dem Gedanken Ausdruck gibt, das Volk könnte es müde werden, ewig der Geleimte zu sein.

Und doch ist Alles, was wir ausgeführt, nur ein schwacher Widerhall von dem, was man in weiten Kreisen der deutschen Arbeiter heute denkt und fühlt.

So steht's, ihr Herren!

Und nun fährt mit Euren Maßregeln fort, wenn Ihr es besser wißt.

Herr Ludwig Bamberger.

Wer nicht die Siegesgewißheit seiner sozialdemokratischen Ueberzeugung aus ihnen, auf dem Grunde unüberwindlicher wissenschaftlicher Wahrheit ruhenden Prinzipien schöpft, und wer kleinmüthig und versagt bleibt trotz des herausragenden Triumphzugs der sozialistischen Ideen durch alle zivilisirten Länder, der wird seine letzten Zweifel schwinden sehen, wenn er die Gegner beobachtet und die verzweifelten Kaffengungen, mit denen sie des Sozialismus Herr zu werden sich bemühen.

Herr Ludwig Bamberger ist einer der eifrigsten literarischen Widersacher der Sozialdemokratie. In einer Reihe von Schriften ist er unserer Partei entgegengetreten, und wenn man seinen Lobrednern glauben darf, gehört er infolge seiner tiefen ökonomischen Studien, seiner gesunden Kenntniß des Sozialismus zu dessen gefährlichsten Gegnern, um so mehr als seine gründliche wissenschaftliche Schulung unterstützt werden soll durch eine seltene Schärfe und Grazie des Geistes zugleich.

Unter diesen Umständen ist es sicherlich unsere Pflicht, die Leser auf die neueste von ihm veröffentlichte Schrift: „Die sozialistische Gefahr, Berlin, Simion, 1886“, aufmerksam zu machen.

Dieselbe tritt sich als ein Nachwort zu den letzten Reichstagsverhandlungen über das Sozialistengesetz und soll dazu dienen, den ablehnenden Standpunkt, den Herr Bamberger gegen die erneute Veränderung des Gesetzes eingenommen, noch nachdrücklicher, als es im Reichstag geschah, zu begründen durch den Beweis, daß die sozialistische Gefahr eigentlich viel weniger von der Sozialdemokratie ausgeht als vom Staatssozialismus und seinem Spiel mit den Schlagworten des Kommunismus, das Sozialistengesetz darum auch ein Mittel sei, das seinen Zweck vollständig verfehlt. Diese Auffassung ist ein Refugium langjam geistiger Erkenntniß: bekanntlich gehört Herr Bamberger selbst zu den Vätern des Sozialistengesetzes, das nicht zuletzt auf seine eifrige Fürsprache hin ins Leben trat, und er versucht es auch noch zu einer Zeit, als der von ihm so sehr gefürchtete Staatssozialismus sein Treiben längst schon begonnen hatte.

Im Gegensatz zu seiner früheren Ansicht ist Herr Bamberger jetzt um Gründe gegen die Zweckmäßigkeit des Sozialistengesetzes nicht verlegen. Er findet sogar, daß der Satz: Ideen können nur mit Ideen bekämpft werden (S. 31), eine Wahrheit sei, die schon zum Gemeinplatz geworden ist. Indessen wird es wohl trotz der in den Vordergrund geschobenen Argumente nicht unrichtig sein, anzunehmen, daß das Motiv, das Herrn Bamberger zur Ablehnung des Sozialistengesetzes veranlaßt, weniger in derartigen philosophischen Betrachtungen zu suchen ist, als vielmehr in einer ganz ordinären egoistischen Rücksicht. Unbedachtlich verrät sich dieselbe auf S. 5. Es heißt dort:

„Es ist es doch unbestreitbare Thatsache, daß das Sozialistengesetz viel mehr dahin gewirkt hat, die liberale Partei zu erdrücken und einer rückläufigen Wirtschaftspolitik Bahn zu brechen, als die Ausbreitung sozialistischer Ideen einzudämmen.“

Bei einem Theil der Bamberger'schen Fraktionskollegen, von denen sich gewiß nicht alle zur Höhe seiner Auffassung emporgeschwungen haben, dürfte übrigens ein viel einfacher Grund die vermeintliche Abtönnung herbeigeführt haben: die außer jedem Zweifel gefundene Gewißheit, daß das Sozialistengesetz eine Majorität im Reichstag finden würde. Diese Thatsache wurde von der deutsch-freisinnigen Partei eifrig benützt, um den fadenheilig gewordenen Ruf ihres „Freisinn“ frisch verdrümen zu können. Und Herr Bamberger hat sogar schon den Rath, die freisinnige Partei als die wesentliche Stütze zu bezeichnen, die durch ihren Widerstand gegen die reaktionären Veruche zur Untergrabung des Einflusses und der Existenz des Reichstags, „diese Zukunft für die Bildung einer öffentlichen Meinung“ beschützt und in ihrem Bestande sichert.

„Daher diese nimmer ruhende gefährliche Ahrgelei gegen die Freisinnigen“, heißt es S. 7, „darum das unablässige Bemühen, sie als Feinde des Vaterlandes hinzustellen. Man weiß: hat man sie stumm gemacht, so vertritt die öffentliche Meinung.“ Vortäulend, ist das ein Selbstgefühl! In Wirklichkeit täuscht sich aber Herr Bamberger sehr wesentlich über den Einfluß seiner Partei. Was den Reichstag schütz und ihn davor bewahrt, das Opfer zu werden eines despotischen Regiments, das jede Scheu und Scham verloren, das ist allein der sehr wohl begründete Schrecken dieses Regiments vor einer Revolution, die der Verrücktheit des Reichstags auf dem Fuße folgen würde. Die freisinnige Partei hat damit sehr wenig zu schaffen. Herr Bamberger freilich ergeht sich über die Möglichkeit einer Revolution in den ironischsten Betrachtungen. Nach ihm ist die „Aera der städtischen Barrikaden“ vorüber (S. 9), die Verwirklichung nicht bloß der Kriegserregung und der Taktik, sondern der Disziplin im modernen Heerwesen haben der bewaffneten Macht zu ihrer schon früher thatsächlich vorhanden gewesenen Ueberlegenheit ein Bewußtsein dieser Ueberlegenheit eingeflößt, welches den Ausschlag gibt, indem es die Gewißheit der Ueberwindung nur vom Maß der angewendeten Energie abhängig macht, sagt er wie zu seiner Beruhigung Seite 10. Und sehr charakteristisch heißt es auf derselben Seite:

Die Romantik der Revolution, welche in den Julitagen von 1830 und den Februartagen von 1848 für Frankreich, in den Märztagen für Wien und Berlin ihren Höhepunkt erreichte, hat ihre Zauberkräfte vor dem nüchternen Realismus unserer Tage verloren. Sie war auch nur denkbar in Verbindung mit den idealen Freiheitstheorien des Bürgerthums.“

In dieser letzten Bemerkung erweist sich Herr Bamberger als ein ganz ungewöhnlicher Blagauer. Wir wollen darüber hinwegsehen, daß er sich so anstellt, als wären die „Freiheitstheorien“ des Bürgerthums ein absolutes Ideal, hinter dem die Bestrebungen des Proletariats verlaufen, er wird für jene niemals weder Verständnis noch Empfindung gewinnen, und über solchen Ranzel kann man nicht rechten. Aber daß Herr Bamberger in den Bourgeois die Romantiker der Revolution von 1848 erblickt, das heißt um der Selbstherrlichkeit willen der Wahrheit direkt ins Gesicht schlagen. Wer waren die todesmüthigen Borkämpfer, die Helden der Barrikaden im Jahre 1848? In erster Linie Arbeiter und neben ihnen Studenten. Und wer war es, der in der deutschen Bewegung von 1848 die Rolle der erbärmlichsten Feigheit spielte? Das Bürgerthum. Für dieses ist allerdings die „Romantik der Revolution“ und die „Aera der Barrikaden“ vorbei, aber nur weil sie für dasselbe eigentlich nie bestanden hat. Das deutsche Bürgerthum, dieser kraftlose Spätling in der Familie der europäischen Bourgeois, hat niemals wirkliche revolutionäre Energie besessen, und das ist auch der Grund, warum es bis heute in Deutschland zu einer politischen Herrschaft nicht gelangte, und Deutschland weniger als irgend ein moderner Staat mit den Ueberresten des Feudalismus fertig zu werden vermochte.

Indessen muß man Herrn Bambergers historische Betrachtungen über die Revolution nicht allzu wichtig nehmen. Dieselben sind viel mehr darauf berechnet, den sprühenden Esprit und den bezaubernden Styl ihres Verfassers in einem glänzenden Licht zu zeigen, als daß sie seine aufrichtige Ueberzeugung zum Ausdruck brächten. In der That steht Herr Bamberger die Furcht vor einer Revolution in allen Gliedern. Wie ein Angstschrei, der aus tiefstem Herzen heraufbringt, klingen die Worte auf S. 11: „Die Gefahr, die wahre Gefahr, die weltliche Gefahr, bedroht ein Reich in der Gestalt eines unglücklich geführten Krieges, wenn er zusammenstößt würde mit der inneren Demoralisation der Gebildeten und Besthenden, mit der Erschütterung ihres Glaubens an ihr gutes Recht auf die bestehende Gesellschaftsordnung.“ Und einem sich selbst ertheilten Trost gleichen die Sätze auf S. 12: „... Sicherheit aus anderer Seite die Wehrfähigkeit der Arme gegen eine europäische Koalition, wie sollte sie uns vor sozialdemokratischem Einbruch sichern machen? So lange der bürgerlichen Gesellschaft nicht die Erkenntniß abhanden gekommen ist, daß die sogenannte Wahrung der sozialen Frage ihr Sein oder Nichtsein in Frage stellt, birgt selbst eine kriegerische Katastrophe nur vorübergehende, wenn auch noch so grausame Gefahr in ihren Faltungen.“

Dieser Trost ist aber, wir sagen es mit der schmerzlichsten Bewegung, ein sehr unzulänglicher. Die bürgerliche Gesellschaft weiß freilich, wenn sie auch sonst gar nichts weiß, daß mit dem Siege der Sozialdemokratie ihr Nichtsein außer Frage gestellt wird. Das fieberhafte Treiben, der orgiastische Zauber, mit dem die Besthenden das Heute zu genießen suchen, ungewiß ob nicht schon morgen ihre Herrlichkeit in Trümmern sinkt, zeigt auch der äußerlichen Betrachtung, wie diese Klasse einerseits mit allen Mächten an der Erhaltung und Ausübung der bestehenden Zustände hängt, und wie andererseits trotzdem zugleich das Bewußtsein von der Unsicherheit der Lage sich ihrer bemächtigt hat. Und das ist leicht zu erklären.

Die „innere Demoralisation der Gebildeten und Besthenden“, die nach Herrn Bamberger in der Zukunft drohen soll, herrscht heute schon in einem außerordentlichen Maß. Der französische Adel des 18. Jahrhunderts hat kein schlimmeres Bild stülpischer Bewilderung und geistiger Dede, keinen vollständigeren Bankrott an allen Idealen und, trotz alledem, immer noch nicht die widerwärtigen Züge moralischer und intellektueller Abgelehtheit so deutlich an der Stirne getragen, wie das moderne Großbürgerthum. Und diese Klasse ruft Herr Bamberger auf zu ihrem Glauben an ihr „gutes Recht“, auf die bestehende Gesellschaftsordnung. In Wahrheit ein eitles Bemühen! Und auch all der Rath, den Herr Bamberger sich selbst und seinen Klaffgenossen mit dem immer wiederholten Hinweis auf die „bestregte und bestdisziplinierte Arme“ zuspricht, er wird die wohl begründete Furcht nicht zu bannen vermögen.

Allerdings hat Herr Bamberger Recht, heute bildet die Klasse einen zuverlässigen Schutz der herrschenden Klasse, aber wenn die sozialistischen Ideen während des nächsten Reichstages in demselben Geschwindschritt wie bisher im Volke sich verbreiten, was wird das Institut der sogenannten Wehrpflicht dann anders sein als das Mittel, mit dem die „bestregte und bestdisziplinierte Arme“ der Revolution geschaffen sein wird, für den Fall, daß nicht bis dahin der friedliche Weg gründlicher Reformen eingeschlagen sein sollte? Und Herr Bamberger hat in noch so geistreichen Bauderton von der Willkürlichkeit des Staatssozialismus und der Scheinbar aus dem Belieben einzelner Minister entworfenen sozialistischen Phrasologie der regierenden Kreise sprechen, in Wirklichkeit sind auch sie nichts als das Ergebnis der blaffen Angst, die mit ihren betrügerischen Kunststücken die ersten und dringenden Forderungen des Volkes wegschamottieren zu können wähnt. Aber freilich das Eine ist richtig: Dieser Staatssozialismus mit all seinem Treiben, er ist nicht die „sozialistische Gefahr“, aber er verstärkt sie ungemessen. Dem eine Wirkung hat er ohne allen Zweifel gehabt: in die weitesten Kreise auch der Besthenden hat er die Anerkennung der Unerträglichkeit des Fortbestandes unserer gesellschaftlichen Verhältnisse getragen, und er hat einen großen Theil heute noch stumpf und theilnahmlos der sozialistischen Bewegung gegenüberstehende Kreise von Bauern und Arbeitern aufmerksam gemacht. Dank der absoluten Unsicherheit, mit der er sehr Wesen trieb, hat er sie zugleich noch überdies in einer überraschend kurzen Zeit auf das Gründlichste von der Wertlosigkeit und Unfruchtbarkeit der staatssozialistischen Maßnahmen überzeugt und sie in die Arme der Sozialdemokratie gedrängt.

Das Sozialistengesetz, in dessen vollkommene Praktizierung wir allem Anschein nach erst jetzt recht hineinkommen, hat zu allem übrigen den Klaffgenossen zu einer Schärfe entwickelt, wie er für die bestehende Klasse gefährlicher sich nicht ausscheiden konnte. Diese Umstände in Verbindung mit der unaufhaltsam fortschreitenden sozialdemokratischen Agitation und der rapiden Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, des treibenden Springqualls aller dieser Erscheinungen, bereiten die Ummwandlung der bestehenden Zustände in einer so gründlichen Weise vor, daß an einem Sieg der sozialdemokratischen Ideen nicht gezweifelt werden kann. (Schluß folgt.)

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 23. Juni 1886.

— Mit Bezug auf das Ende Ludwig's II. schreibt man uns aus Deutschland:

Ein König von Gottes Gnaden als gemeingefährlicher Rarr vom Thron gestürzt und unter Kuratel gestellt, wie ein einfacher Bettler; ein König von Gottes Gnaden als Rarr und Selbstmörder — wie ein gemeiner Verbrecher plebejischer Herkunft — das ist ein harter Schlag für das Gottesgnadenthum. Und wohl gemerkt, es ist nicht amtlich festgestellt, nachdem es vorher nur den Eingeweihten bekannt gewesen war, daß der unglückliche Monarch, der am ersten Pfingsttag als Rarr und Selbstmörder im Starnberger See endete, von seiner frühesten Jugend an geistkrank war.

Ein König von Gottes Gnaden als gemeingefährlicher Rarr vom Thron gestürzt!

Nicht durch Sozialdemokraten oder sonstige Umstürzer. Nein, durch seine eigenen Verwandten und „Brüder“, durch seine eigenen Minister, durch die sämmtlichen gesetz- und verfassungsmäßigen Träger der Regierungsgewalt.

Das verzeihlichste noch die Wacht des Schlags, der hier gegen das Gottesgnadenthum geführt worden ist.

Erlaube Entthronung. Gesetzliche, verfassungsmäßige Entthronung!

Entthronung durch Diejenigen, welche sich für die berufenen Wächter des Staates und der Gesellschaft ausgeben. Entthronung durch Diejenigen, welche das Königthum von Gottes Gnaden mit einem Haß drakonischer Gesetzesparagrafen, wie mit einer Dede von Selbsthaffen und

Fußhangeln, umzäumt haben und bei jeder passenden Gelegenheit gegen die bösen Umsturzbestrebungen eifern.

Umsturzbestrebungen!

Gegen wen, gegen was sich richtend?

Betrifft nicht der König von Gottes Gnaden mit seiner gefällten Person die gesamte gesellschaftliche und staatliche Ordnung der Dinge; und ist nicht jeder Angriff auf seine geerbte, geweihte Person eine „Umsturzbestrebung“ in konzentrischer Form?

Sehen wir den Fall, eine Schaar Sozialdemokraten hätten sich nach Hohenschwangau versetzt, den König von Gottes Gnaden im öffentlichen Interesse abgesetzt, in eine Kutsche gepackt und so weiter. Kann man sich einen entschlosseneren Hochverrath und Umsturz denken? Von der Majestätsbeleidigung ganz abgesehen.

„Ja, werden die Köpfpriester des Gottesgnadenthums und im Stillen Alexander's antworten — ja, das ist etwas ganz Andres. Wenn zwei dasselbe thun, ist es nicht dasselbe. Die Absetzung des Gottesgnaden, jedoch leider trotzdem gemeinschaftlichen Willens erfolgte, ist ein gebietendes öffentliches Interesse; und zweitens erfolgte sie nach den für derartige Fälle vorsorglich gemachten Verfassungs- und Gesetzesbestimmungen.“

Je nun, das ist keine genügende Rechtfertigung, meine Herren Köpfpriester des Gottesgnadenthums.

Ad 1) dreht es sich um die Begriffe des „Gemeinschaftlichen“ und des „öffentlichen Interesses“.

Der arme Mittelbäcker war gewiß verrückt — wir hegen nach dieser Seite hin nicht die geringsten Zweifel, abgesehen in Bezug auf ihn einseitig gefärbt worden ist; aber wir kennen Monarchen, die nicht ein Haar breit mehr Verstand haben, ja manchen, der noch viel weniger hat, und die dessehalb ruhig fortzuleben, von den Republikanern als Ausbunde aller Weisheit gepriesen und von den Pfaffen auf der Kanzel für überirdische Wesen erklärt und in den Himmel erhoben werden.

„Doch seine Verrücktheit äußerte sich „gemeinschaftlich“, sie äußerte sich in Handlungen und Thaten, die dem „öffentlichen Interesse“ zuwiderliegen.“

Es kommt, wie gesagt, Alles darauf an, was man unter „gemeinschaftlich“ und unter „öffentlichem Interesse“ versteht.

Wir kennen Monarchen, die zwar keine 25 Millionen in Schlössern und andern überflüssigen Baracken verbauten, dagegen Milliarden und Milliarden verpulvert haben und verpulvern für noch überflüssigen Bauten, z. B. für Kasernen, für Massenmord- und Massenverderben; — die Eroberungszüge gegen fremde Völker, Kautzige gegen das eigene Volk organisiren oder organisiren lassen. Und unserer „unmäßigen Meinung nach“ — um uns recht parlamentarisch auszudrücken — ist ein solcher Monarch hundertmal „gemeinschaftlicher“ als der arme Gottesgnadene Rarr von Hohenschwangau, und würde demnach seine Entfernung hundertmal mehr dem „öffentlichen Interesse“ entsprechen, als die des armen Gottesgnadene Rarren von Hohenschwangau.

Und ad 2) was die gesetzlichen Formen betrifft, so ist das eine reine Kinderei. Nachdem die Herren Ordnungsvertreter und so häufig gesetz haben, wie man einen Gottesgnadene König entthront, kann jeder beliebige Plebejer es, ohne den geringsten Verstoß gegen die Form, leicht nachmachen. Wir verbürgen unseren Kopf, daß wir auch nicht das Zäpfchen über dem i weglassen und uns die vollste Anerkennung, wenn auch vielleicht nicht ungemischte Zufriedenheit, unserer hochgeborenen und hochgestellten Lehrer erwerben würden.

Kurz — wir danken für die nützliche Belehrung — doppelt nützlich in einer Zeit wie der ungerigen, wo derartige Belehrung auf fruchtbaren und wohlbestellten Böden fällt.

Und als Rörder und Selbstmörder ist der König von Gottesgnaden gestorben. Genau wie — nun, wie wer? Erinnert man sich noch des „Auswurfs der Renschke“, der, in ähnlicher Geistesverfassung wie der unglückliche Mittelbäcker, sein Leben wegwerfen, aber „einigen Andern mitnehmen“ wollte und beinahe auch mitgenommen hätte? Freilich damals ging die Sache ungeteilt — der Plebejer Roblitz wollte einen Gottesgnadene „mitnehmen“, und hier hat der Gottesgnadene einen Plebejer „mitgenommen“.

Die mißlungene That des verrückten Roblitz bot den Nachhabern einen willkommenen Vorwand für ein scheußliches Verbrechen an dem Volk — für das unerhörte, niederträchtigste, den gemeinsten Motiven entpungene, auch nicht durch den Schatten einer höheren Tugend oder eines schuldabwägenden Umstands gemilderte Attentat auf Freiheit, Recht und Humanität, welches unter dem Namen Sozialistengesetz sich und seinen Urheber die Unsterblichkeit der Infamie gesichert hat. Wagt nicht ein bishiger Remeis in dem Noth und Selbstmord des Reichsgründers und Königs von Gottes Gnaden

Der Nachweis der Absurdität der Gottesgnadene Unerträglichkeit ist des unerträglichsten Gottesgnadenthums; das Warten der Remeis, den Träger eines der ältesten Königsgehirne zu einem Rörder und Selbstmörder gemacht hat; die Entthronung eines Gottesgnadene, selbst, geweihten Herrschers ist indes nicht die einzigen Lehren, die wir aus dieser Katastrophe zu ziehen haben.

Die beispiellose Immoralität und Gewissenlosigkeit der herrschenden Personen und Klassen ist, von greifbarem Lichte beleuchtet, zu Tage getreten. Der unglückliche Mittelbäcker, der am letzten Pfingstsonntag seinen Krut tödtete und sich dann selbst extrakt diplomatisches Geheimniß begraben.

Der Gottesgnadene, der am Pfingstsonntag als Rörder und Selbstmörder endete, war notorisch schon seit seiner frühesten Jugend geistkrank, seit mindestens 11 Jahren vollständig geistesgestört.

Warum hat man ihn so lange regieren lassen? Warum hat man ihn, nachdem Anderes beschlossen, so rüchlich los behandelt, daß der Rord und Selbstmord möglich war?

Im Volk laufen die wunderbarsten, abenteuerlichsten Gerüchte um Gemüth, daß Ludwig II., König von Gottes Gnaden, das Opfer der „Staatsraison“ geworden ist, und daß dabei verschöndert seiner Gottesgnadene Herren Kollegen ein höchst verdächtige Rolle gespielt haben, mit der wir gelegentlich uns näher befassen werden. Für heute möge die Andeutung genügen.

— Zürich war vorigen Sonntag der Schauplatz einer Massen demonstration, wie es sie großartiger seit Langem nicht gegeben hat. Es handelte sich um einen Protest gegen den in voriger Nummer bereits erwähnten Erlass der kantonalen Justiz- und Polizeidirektion in Sachen der streikenden Schloffer, der von den Arbeitern, und nicht nur von diesen, als eine ungesetzliche Maßregel und einseitige Parteimaßnahme für die Prinzipale angesehen wurde. Die Demonstration wurde durch die Polizei, die Organe sich zum Theil Brutalitäten ärgster Art gegen Arbeiter herausgenommen hatten. Da die Versammlungsorte, welche den Bestreibern in Zürich zur Verfügung stehen, schon in den letzten Versammlungen bei weitem nicht ausreichten, die Menge der Besucher zu fassen wurde am Sonntag eine Versammlung unter freiem Himmel einberufen, und zwar auf den großen Freiplatz südlich der Tonhalle.

Die Zahl der Teilnehmer überstieg alle Erwartungen. Wir glauben nicht zu übertreiben, wenn wir sagen, daß nach unserer Ansicht der richtigerer der konventionellen „Gensler Journal“ eher zu niedriger zu hoch gegriffen hat, wenn er sie auf 10,000 ansetzt. Diejenigen welche die Demonstration von 1877 zu Gunsten des Fabrikgesetzes gemacht, befähigten übereinstimmend, daß dieselbe lange nicht so zahlreich besucht habe, von den späteren Demonstrationen gar nicht zu reden. Und die kolossale Menschenmenge legte, getrieben von den Organisationen angebener Parole eine bewundernswürdige Ruhe dem Tag. Selbst die Gegner mußten zugeben, daß auch nicht die kleinste Störung vorkam. Man wollte lebhaft zeigen, wie allgemein der Wille über die Polizeimaßregeln sei.

Demgemäß war auch das Programm der Demonstration auf das Rothwendigste beschränkt. Ein Genosse des Grüttnerwiesens Kufferschil, C. Graf, machte die Anwesenenden in kurzen Worten mit dem Inhalt der Versammlung bekannt. Hierauf sprach der Redner des Tages, O. Redakteur Locher vom Winterthurer „Lanbbote“, kritisierte ein allgemeines Verfall das Verhalten der Behörden und wies die Unsterblichkeit des Spiller'schen Erlasses nach, der mit dem verfassungsmäßig

wöchentlichen Rechte in striktem Widerspruch steht. Als dann wurde folgende Resolution zur Abstimmung gebracht:

Die heutige Massendemonstration vorurtheillich auf Entschiedenheit des Ausschusses der städtischen und kantonalen Behörden gegen die Streikenden, das geradezu einen provokatorischen Charakter annahm. Sie spricht ihre tiefe Entrüstung aus über das Blutvergießen, welches die Polizei durch Schießen gegen das Publikum verschuldet hat. Sie charakterisiert die Spiller'sche Verurteilung als Verfassungsverstoß und Antisemitismus und erklärt, die Schuldigen vor dem Richter zur Verantwortung zu ziehen, um an Stelle der jetzigen Willkürherrschaft die Gerechtigkeit wieder zur Geltung zu bringen. Sie brandmarkt die juristische Journalistik, die durch ihre Entstellung und Tendenzberichte der Presse des Auslandes willkommenes Material zur Verhöhnung und Bekämpfung unserer republikanischen Institutionen und Freiheiten liefert.

Ein unabsehbarer Wald von Händen erhob sich dafür, womit die öffentliche Versammlung zu Ende war. Die Menge löste sich alsbald in aller Ordnung auf, die Mitglieder der Arbeiterorganisationen aber formten sich zu einem imposanten Zuge, der, ein Rufflörps an der Spitze, mit wehenden Fahnen durch die Stadt nach der Bierkellerstraße marschierte, wo der deutsche Arbeiterverein eine geistliche Unterhaltung zu veranstaltete, wo der deutsche Arbeiterverein eine geistliche Unterhaltung zu veranstaltete, wo der deutsche Arbeiterverein eine geistliche Unterhaltung zu veranstaltete.

In Preußen und auswärtigen Blättern ist vielfach davon die Rede, daß bei den Tumulten vor der Zürcher Hauptwache unauferbare Elemente, Provokationsagenten etc. die Hand im Spiele gehabt. Wir sind nicht der Ansicht. Es sind ja bei allen Straßenszenen Elemente zugegen, die am Morgen ihre Freude haben, im Großen und Ganzen war, nach Belieben, was wir gehört, namentlich in den beiden ersten Tagen, die natürliche Erregung über das Niederschießen des Arbeiters Fischer der Provokationsagent. Arbeiter, die sonst zu den Ruhigsten gehören, waren in jenen Tagen in einer Stimmung, von der man sich kaum eine Vorstellung macht. Umsonst ist die musterhafte Disziplin angewendet, welche am Sonntag unter den Auspizien der organisierten Arbeiter herrschte.

Die Polizei war vernünftig genug, sich vollständig passiv zu verhalten. Ueberhaupt scheint man maßgebenderseits eingesehen zu haben, daß man zu weit gegangen und bestraft wohl nur noch Anstands halber auf seinen Schen.

Am 8. Juli wird der Spiller'sche Erlass im Züricher Kantonsrat zur Sprache kommen. Da die Mehrheit desselben aus Liberal-Konservativen besteht, so ist eine Mißbilligung des Erlasses von dieser Körperschaft nicht zu erwarten. Warten wir daher den Erfolg des von der Arbeitergesellschaft eingeschlagenen Rechtsweges ab.

Am 9. Juli wird noch einmal auf die Demonstration juristisch kommen, so erklären wir nur noch, daß der würdige Verlauf derselben Zürich in jeder Beziehung zur Ehre gereicht.

Polonisch. Der Resolution des Reichstags, den Reichstanzler zu ernennen, dahin zu wirken, daß die Vermehrung der Zahl der mit der Beaufsichtigung der Fabriken betrauten Beamten, unter thunlichster Verkleinerung der Aufsichtsbüro, überall da herbeigeführt werde, wo sich das Bedürfnis einer solchen Maßregel zur vollkommenen Erreichung der Aufsichtszwecke bereits herausgestellt hat oder noch herausstellen wird — sowie einer wegen Befreiung der gewerblichen Betriebe von der Unfallversicherungspflicht, wurde keine Folge zu geben beschloffen. So steht nützlich in dem offiziellen Zeitungsbericht über die letzte Sitzung des Bundesrats vor Pfingsten.

Dem — obendrein ganz harmlosen und wünschenswerten — Beschluß des Reichstags über die Fabrikinspektoren, ziemlich der einzigen „Frucht“, die aus den Arbeiteraufgehobenen hervorgegangen, wurde — natürlich auf Antrag des Schnapsjunktors Otto — von der Laienversammlung, genannt Bundesrat, keine Folge gegeben.

Einfach in den Papierkorb geworfen. Hätte es sich um ein Almosen für die preussischen Schnapsjunker gehandelt, so wäre das Resultat ein anderes gewesen. Aber hier handelte es sich um einen kleinen Brotsamen, der den Arbeitern hingeworfen werden sollte — und da wurde von den „praktischen Christen“ und „Sozialreformern“, wie sie sich selber so gern bezeichnen, keine Folge gegeben.

Und dann wurde es dieses Schnapsjunker Volk, dem Reichstag einen Tribut zu versetzen.

Kun — wer Schritte empfängt, der verdient sie auch, sagt ein altes Sprichwort. Und hat es Recht oder Unrecht?

Andere Zeiten und — Phrasen. Vor 10, 15 Jahren, als dem Reichsrausch noch nicht der Reichstanzlerjammern gefolgt war, pflegten die Reichsraucher und Reichsreptilien zu prahlen: „Ohne die Erlaubnis des deutschen Reiches kann kein Kanonenschuß in Europa abgefeuert werden.“

Es war das eine stehende Lieblingsphrase, die dem biederen Michel aus Pröhlsdorf, Mittagsbrod und Abendessen aufgetischt wurde.

Inzwischen ist es anders geworden. Und dieser Tage war in der gut besetzten „Leipziger Zeitung“, dem amtlichen Organ der sächsischen Regierung, wörtlich zu lesen:

„Es wird leider immer klarer, Rußland will Europa nicht zur Ruhe kommen lassen, und es gibt keine Macht, welche es daran hindern kann.“

Also das großmächtige deutsche Reich, ohne dessen Erlaubnis vor wenigen Jahren noch kein Kanonenschuß in Europa abgefeuert werden durfte, ist jetzt nicht im Stande, das militärisch, politisch und finanziell bankrotte Rußland an der Störung der europäischen Ruhe zu hindern und zur Ruhe zu bringen!

Ein nützlicheres Eingeständnis können wir uns nicht denken; und im Vorbeigehen bemerkt, enthält dieses klagliche Eingeständnis die glänzendste Befestigung der sozialdemokratischen Abzordneln, die nach dem sogenannten „heiligen Kriege“ — unter dem wiederholten Geschloß der Reichsraucher — im Reichstage nachweisen, daß durch die Annexion von Reichsraucher der politische Schwerpunkt des Reiches von Europa nach Berlin, sondern nach Petersburg verlegt worden ist.

Wie's gemacht wird. Unter dem Motto: „Das Neueste aus dem Polizei-Telephon“ schreibt man uns aus Hesse's Darmstadt:

Währenddem sich das bayerische „Boll“ über den Tod seines Königs die Köpfe zerbricht oder auch zerbricht, werden in unserm Reichlande und dem preussischen Regierungsbüro Wiesbaden die Arbeiter im Allgemeinen und die Sozialdemokraten im Besonderen zum Thun über die folgende Bekanntmachung, in die uns ein heftiger Reichsraucher (Gott verzeihe ihm seine polizeiwidrige — Unschuld) Einsicht nehmen ließ, gehörig nachzudenken und sie sich gründlich einzuschärfen. Das Schriftstück lautet:

„Das Großherzogliche Ministerium des Innern und der Justiz an sämtliche Kreisämter.“

„Sekret!“ Betreff: Handhabung des Sozialistengesetzes.

Das Großherzogliche Ministerium des Innern und der Justiz und die königliche Regierung in Wiesbaden haben mit Zustimmung des Reichstanzlers folgende Maßnahmen in rubricirtem Betreff vereinbart: Sämtliche Polizeiorgane haben genaue Listen zu führen über alle ihnen bekannten Sozialdemokraten und dieselben in, von den Kreisämtern noch näher zu bestimmenden Zwischenräumen, nach beigegebenem Schema einzulisten. Die Listen sind dann zu vervielfältigen und gegenständig auszutauschen. (Das beigegebene Schema, von dem wir ebenfalls Einsicht genommen, lautet: „Franz Raibach, Schlosser, ledig, katholisch, 28 Jahre alt, arbeitet in der Zentralwerkstatt der Rhein-Redar-Bahn in Darmstadt, war vor vier Jahren nach Amerika ausgewandert, dort mit Wohlstand, kehrte 1885 zurück, seitdem Anarchist. Citiren leben noch, huldigen sozialistischen Bestrebungen.“ Die reine Proscriptionsliste!) Die einzelnen Personen sind scharf zu überwachen, und alle Wahrnehmungen, umgeben höherem Orts mitzuteilen. Es ist besonders dabei zu bemerken, wer agitatorisch thätig ist, oder nur als Anhänger betrachtet werden kann. Die Wirtschaften, die von Sozialdemokraten geführt werden, oder

in denen Sozialdemokraten verkehren, sind der Obhut der Aufsichtsbehörde besonders zu empfehlen; ebenso habe man ein wachsames Auge auf die Leiter der Fachvereine und deren Beziehungen zu den Sozialdemokraten. Im Weiteren ist bei Festlichkeiten, Versammlungen und Beerdigungen ein vorheriges Verbot einer Aufführung vorzunehmen, und zwar unter steter Anwendung des § 9 rubricirten Gesetzes. Ferner wird den Kreisämtern aufgegeben, die in Hesse erscheinenden sozialdemokratischen Blätter, als: „Offenbacher Tageblatt“, „Offenbacher Beobachter“ und „Darmstädter freie Presse“ zu abonniren und sobald Anhaltspunkte zu einem Verbot rubricirten Betreffs sich ergeben sollten, dieselben höherem Orts sofort zu berichten.“

Soweit der Erlass, der sich selbst kommentirt, und geeignet ist, in ganz Deutschland zu denken über das Thema: „Wie wir es heutzutage weit gebracht.“ Wir freuen uns, daß wir jetzt wieder einmal hinter die Schlinge gekommen sind. In Darmstadt haben die Genossen schon einen Theil des „sekreten“ Erlasses zu kosten bekommen, es fanden nämlich dort am 11. Juni bei circa 35 Sozialdemokraten zu gleicher Zeit Hausdurchsuchungen statt; gefunden wurde nichts. Wenn wir dies erwägen, so geschieht es nicht, um zu triumphiren, sondern die Genossen allerorts zur Vorsicht zu mahnen, nichts aufzuheben, woran streche Polizeinosen schnüffeln können. Wird das beherzigt, so werden wir, wie wir auf das Sozialistengesetz gepiffen haben, auch auf den „sekreten“ Erlass pfeifen.

Der Einsender hat Recht: der Erlass kommentirt sich selbst, denn was soll man zu diesem „Dokument von unserer Zeiten Schande“ noch hinzusetzen? Höchstens daß es schwerlich für Hesse allein geschaffen wurde — man holt hier nur nach, was in Preußen schon längst geübt wird. Das preussische Spitzelsystem wird unter der Hand Reich's lache, der Jhring-Nachow vollendet die moralische Eroberung Deutschlands, er fügt den Schlüsselstein zum Gebäude der herrlichen, heiß ersehnten deutschen Einheit. In ihm verkörpert sich das neue deutsche Reich, von dem einer der besten Einfälle der Weltgeschichte es gefügt hat, daß derjenige, der den offiziellen Anstoß zu seiner Schaffung gegeben, wie jetzt amtlich festgesetzt ist, ein Betrücker war. Und dazu sagen auch wir: Kommentar überflüssig.

Herr Meyer (Kirchhofs-Meyer, auch Kother Meyer) ist von dem König von Preußen und Kaiser von Deutschland begnadigt worden. Und nicht bloß begnadigt, sondern auch wieder in sein früheres Amt eingesetzt. Und nicht nur wieder eingesetzt, sondern auch mit erhöhtem Gehalt wieder eingesetzt. „Angelaublich“, ruft vielleicht ein Kaiser aus, der sich nicht denken kann, daß eine solche blutdürstige, durch einen Richterspruch gebrandmarkt Kanaille der Allerhöchsten Gnade theilhaftig geworden sein könne. Es muß ein sehr Naiver sein, der so denkt.

Im Gegentheil — der Frankfurter Kirchhofs-Meyer hat ja in den Augen der Höfen, Höchsten und Allerhöchsten nur das eine Verbrechen begangen: die Frankfurter Sozialdemokraten nicht vor die Bajonnette und Flinten gebracht zu haben. Und dieses Verbrechen läßt sich ja möglicherweise noch gut machen. Er wird wohl versprochen haben, das nächste Mal es besser machen zu wollen. Und warum sollte er nicht auf Erfolg hoffen? Hat man ihm nicht den Original-Jhring-Nachow zu Hilfe geschickt, der zwar nominell als Gefängnißbeamter fungirt, in Wirklichkeit aber seine alte Beschäftigung fortreibt? Putz, Putz ist wirklich ein verflucht pflücker Kerl, der „seinen Leuten“ Gelegenheit gibt, sich auszuzeichnen. Schade nur, daß die Frankfurter so böse Spielverderber sind.

Die Putzkammerlinge an der Arbeit: Ausweisungen aus Berlin; Hausdurchsuchungen überall; Vereinsauflösungen überall; Versammlungsverbote überall; Feldzug gegen die Fachvereine überall. Zeitungen verboten; friedliche Arbeiter überfallen, mißhandelt, eingesperrt — kurz, wahre Polizei-Regien. Weshalb das Alles? Um die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie „abzumachen“?

So dumme sind die Putzkammerlinge doch nicht. „Ein sonst sehr ruhiger Arbeiter“, — so schreibt man uns aus einer größeren deutschen Stadt — „der bisher zwar mit der Sozialdemokratie sympathisirt hatte, aber nicht thätig für sie eingetreten war, meinte dieser Tage, als gerade von der Ausübung seines Fachvertrags die Rede war: Ich habe es immer für eine Uebertreibung gehalten, wenn unsere Abgeordneten im Reichstage die Regierung beschuldigten, sie wolle Putzige provoziren. Jetzt beweise ich es nicht mehr. Das Vorgehen der Regierung wäre sonst völlig unbillig und ungerecht. Man will Anarchisten jagen und die Arbeiter vor die Bajonnette treiben!“

Und so denkt die Masse der deutschen Arbeiter. Daß wir diese Auffassung für richtig halten, das wissen unsere Leser. Das bankrotte Schnapsjunkerthum weiß keinen Ausweg mehr. Wird nicht bald gehauen, geschossen und gestochen — die einzigen Regierungsmittel, auf welche sich dieses Volk versteht — so ist es am Ende seines Ratesins. Also —

Es lebe der Fortschritt! Die Verwaltung der Oberschlesischen Eisenbahnen hat auf der Strecke von Habelschwerdt nach Mittelwalde weibliche Häfss-Bahnwärter eingestellt. Dieselben haben die Bahnhöfe zu schließen und das Signalisiren zu besorgen, während den Bahnmännern die Revision der Bahnstrecken obliegt, die zugleich erheblich verlängert worden sind. Dank dieser Einrichtung können eine ganze Anzahl von Bahnmännern entlassen werden, was für die Verwaltung eine hübsche Ersparnis ergibt, denn die eingestellten Frauen erhalten für 16stündige Dienstzeit (von früh 6 bis Abends 10 Uhr) einen Tagelohn von — man höre! — 35 Pfennig!

Und da sage man noch, daß Preußen nicht ein Staat des Fortschritts ist. In andern Ländern deklarirt man von Frauenrechten und Frauenemanzipation, in Preußen aber wird gehandelt! Ein neuer Beruf nach dem andern wird der Frau eröffnet. Es ist wahr, die höheren Berufe hält man der Frau verschlossen, aber das geschieht nur, weil sich dieselben nicht mit der edleren Weiblichkeit vertragen, keineswegs aber, weil man in jenen Epochen sich eine unbedequate Konkurrenz vom Leibe halten will. Bedäule! Um sich einem wissenschaftlichen u. Beruf zu widmen, dazu ist die Frau zu hart konstruirt, dazu eilt ihr die Energie des Charakters, darum begnügt sie sich damit, Steine zu schleppen, Erde zu graben, Maschinen zu bedienen und über Eisenbahnzüge zu wachen. Solcher Beschäftigung verdrängt sich mit ihrer physischen und geistigen Konstitution und namentlich auch mit den Befehlen der — Billigkeit!

So ist man in Preußen spielend die schwerlichsten sozialen Probleme und macht noch hübschen Profit dabei. Man ist eben nicht umsonst Sozialreformer ersten Ranges. Stimmt darum ein mit uns, ihr ausstanzirten Bahnmänner, in den begehrtesten Ruf: Es lebe der Fortschritt!

Wo die Polizei ist, und wo sie nicht ist. Am Himmelfahrtstag fand in Niddorf bei Berlin eine heftige Feuersbrunst statt, welche von Spitzbuben zu grobhartigen Diebereien benutzt wurde — die Polizei glänzte durch Abwesenheit.

An demselben Tag machten einige Berliner Sozialdemokraten einen Ausflug in den Grunewald und hier glänzte die Polizei durch Abwesenheit. Einige Dutzend Exemplare der Menschenpejies genannt „Schutzmann“ stellten den ganzen Tag lang tiefsinnige Forschungen an über die Zahl der geleerten Seidel, über die Qualität der verschiedenen Schinkenportionen, und über die musikalische Veranlagung der einzelnen Spaziergänger und Spaziergängerinnen.

Inzwischen waren die Spitzbuben in Niddorf thätig. Der Zusammenhang zwischen der Grunewald Polizei-Thätigkeit und der Niddorfer Polizei-Unthätigkeit ist so in die Augen springend, daß sogar das „Berliner Tageblatt“ ihn bemerkt hat. Es schreibt:

„Wenn bei dem belagerten Werth Vorkommnisse (dem Brande in Niddorf) die Behörde sich so gänzlich außer Stande zeigte, die Ordnung aufrecht zu erhalten, so hat man dies auf den unglücklichen Zufall zurückzuführen, daß der größte Theil der vorhandenen Gensdarmen grade an diesem Tage zur Verhinderung einer von den Sozialdemokraten in Grunewald geplanten Versammlung dorthin abkommandirt war, die Berliner Schutzmannschaft aber nicht berechtigt ist, außerhalb des Reichthums der Stadt ihre Wirksamkeit zu entfalten.“

Unsere Leser wissen, daß wir schon bei früheren Gelegenheiten auf die Vortheile hingewiesen haben, welche das Sozialistengesetz den kleinen und auch großen Spitzbuben gewährt. Ob die Urheber des Schandgesetzes diese Vortheile beabsichtigt haben, das wollen wir dahingestellt sein lassen.

Gewiß ist, daß sie nur im Geiste der von ihnen vertretenen Staats- und Gesellschaftsordnung gehandelt haben, indem sie den Spitzbuben groß und klein auf so wirksame Weise Vorschub leisteten.

Der Diebstahl und die Ausbeutung bilden so recht eigentlich den Zweck der heutigen Ordnung der Dinge. Der Regel nach sind freilich die großen Diebe sehr schlecht auf die kleinen zu sprechen; indeß warum sollte denn nicht einmal das Solidaritätsgefühl bei ihnen zum Durchbruch gekommen sein, und die bixite Kruste der Heuschrecke geprenzt haben?

Jedenfalls haben die Väter und Geburthshelfer des Sozialistengesetzes sich im richtigen Klasseninstinkt um die Langfinger sehr verdient gemacht. Und wir sind überzeugt: die Berliner „Schutzleute“, die am vorigen Himmelfahrtstag den Spitzbuben zu einer so reichlichen Ernte verhalfen, werden dafür nicht bestraft, sondern im Gegentheil gelobt und vielleicht belohnt werden.

Ein österreichischer Jhring-Nachow. Man schreibt uns aus Wien: In der Debatte über den ersten Theil des österreichischen Sozialistengesetzes, durch den die Geschwornengerichte für sozialistische Angeklagte abgeschafft werden, gab der Abgeordnete Kronawetter folgendes Hitzreden zum Besten:

„Im Jahre 1884 hat sich in Wien ein Hochverratsprozess abgespielt. Ein Arbeiter soll Dynamit zu sozialistischen Zwecken erzeugt haben; ein Arbeiter war aber mit Wissen der Polizei derjenige, der das Dynamit gemacht hat, der die Arbeiter unterrichtet und die Anderen dazu verführt hat. Dieser Agent provocateur hätte wegen Mißthandlung angeklagt werden müssen, und nach den Grundfragen über die Mißthandlung hätte auch jener Polizeibeamte angeklagt werden sollen, welcher ihn zu diesem Zwecke gebunden hat. (Rufe links: Frank!) Ich werde gesteht, ob das der Frank war. Ich weiß das nicht; nur so viel ist gewiß, daß auf Veranlassung dieses berühmten Mannes — um mich nicht eines anderen Ausdrucks zu bedienen — eine Abolition stattgefunden hat. Man hat durch kaiserliche Gnade diesen ganzen Prozess niedergeschlagen. Ich fordere die Regierung und den Justizminister auf, zu sagen, ob das wahr ist oder nicht; und wenn es wahr ist, frage ich, sind gegen die schuldtragenden Polizeibeamten Maßnahmen ergriffen worden, oder haben die vielen auch dreißig Vorgänger präterirt (im Konclement überprüngen), wie es bei Frank der Fall war?“

Der Justizminister antwortete auf diese Anklage in sehr referirter Weise: „Es ist richtig, daß im Jahre 1884 es allerdings gelungen ist, einem Komplote auf die Spur zu kommen, welches die Mißthandlung gehabt hat, Dynamit zu erzeugen und damit mehrere öffentliche Gebäude in die Luft zu sprengen. Es ist wahr, daß einer der Mißthandlungen derjenige war, der die Handlung selbst — ich glaube (!), es geschah von Neue (!) ergriffen — der Behörde angezeigt hat. Es ist aber durchaus nicht richtig, daß irgend ein Verkehr zwischen der Polizei und diesem Menschen stattgefunden hat, ihn zu verleiten und zu dingen, als Agent provocateur bei diesem Attentat aufzutreten, und daß er als solcher überhaupt handelte. Er war eben ein Mißthandlung wie viele andere Berleite. Es ist weiters richtig, daß aus strafpolizeilichen und anderen Gründen, nachdem der Aufenthalt des Uebers und Hauptthätigen, welcher entflohen war, nicht ermittelt werden konnte, der Strafprozess gegen die übrigen Beteiligten, die in Untersuchungshaft waren, eingestellt worden ist, und zwar im Wege der Abolition.“

Die Beiseuerungen des Ministers wurden selbstverständlich von Niemandem ernst genommen. Es ist ja rein lächerlich, daß in Oesterreich Dynamitattentäter nur aus dem Grunde begnadigt werden sollten, weil der Hauptthätige nicht erwirkt wurde. Das soll in Oesterreich, in dem Lande vorkommen, wo brave Arbeiter wegen Verbreitung sozialistischer Schriften zu 12 bis 20 Jahren schweren Kerkers verurtheilt werden! Nimmermehr. Die Begnadigung erfolgte nur deshalb, weil das plumpe Spiel des österreichischen Jhring-Nachow rechtzeitig durchschaut wurde, und weil man seinen Stempel herausgeschleudern wollte.

Das aber liegt dem Ministerium Tausche daran, daß diese bodenlose Gemeinheit und Niedertracht seiner Kreaturen jetzt öffentlich konstatirt wurde? Es legt diese Schmach in Ruhe zu den übrigen. Minister und Gel haben diese Hüte. Und die Spitzelwirtschaft gehört zu den geistlichst Einrichtungen des Staates und der Gesellschaft — in Oesterreich wie in Preußen.

Immer nur hübsch gerecht! In Schweidnitz in Schlesien wurde der Gefängnißinspektor Papst, der einen Gefangenen, den er für einen Proletarier hielt, trotz wiederholter Hilferufe einem in der Zelle ausgebrochenen Feuer zum Opfer fallen ließ, zu einem Jahr Gefängniß verurtheilt. Wenn diese Strafe für eine große saftliche Tödtung zu gering erscheint, dem bemerken wir, daß der Staatsanwalt — Freitag ist der Name des Baderen — auf vier Wochen Gefängniß plädiert hatte. Du liebe Zeit, so ein Beamter ist ja doch auch nur ein Mensch, und es liegt durchaus nicht im Beruf des Staatsanwalts, hohe Strafen zu beantragen. Er soll nur dem Recht Gemüthlichkeit verschaffen; vier Wochen Gefängniß für ein Vergehen, das mit Gefängniß bis zu fünf Jahren bedroht ist, das ist ja überreichlich genug. Einen Menschen dem Verbrennen oder Gefängniß überlassen, ist ja keine Majestätsbeleidigung.

Hätte Papst sich einer solchen schuldig gemacht, dann würde es ihm wahrlich noch schlechter ergangen sein wie dem Harmonikabauer Johann Wassertrab in Breslau, der in der gleichen Woche wegen Majestätsbeleidigung zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängniß verurtheilt wurde. Die Majestätsbeleidigungsprozesse scheinen überhaupt wieder blühen zu wollen. Wenige Tage zuvor war in Breslau der ehemalige Eisenbahn-Expeditiions-Assistent Grunwald, der den Kaiser und den Prinzen Wilhelm beleidigt haben sollte, ebenfalls zu 1 Jahr und 6 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. In Berlin wurde am 19. Juni ein 18jähriger Kaufmannslehrling (amerikanischer Bürger) wegen einer in der Trunkenheit und Erregtheit ausgeführten Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängniß verurtheilt. Als Demunziant fungirte einer seiner Kollegen. Schade, daß der Name dieses hoffnungsvollen Staatsbürgers in den Berichten nicht mit angegeben ist. Er hat seine Zeit begriffen!

Sozialreformatorisches. Herr von Richthofen, Putzkammer's geheimerer Spezial-Kassirer, hat den Buchbinder Friedrich Richthofen und den Maurer F. Wille, Expedienten des „Bauhauwerkler“, auf Grund des Schandgesetzes aus Berlin ausgewiesen, den „Berein zur Wahrung der Interessen der Tapezierer Berlins“, sowie die mit Herausgabe einer „Tapezierer-Zeitung“ beauftragte Kommission aufgelöst. Ferner wurden von Putzkammer's Handlangern verboten: Die in Offenbach erscheinende „Staatsbürgerin“, Organ des Arbeiter-Frauen- und Mädchen-Unterstützungsvereins, redigirt von Frau Guillaume-Schach, die in Mainz erscheinende „Deutsche Gerberzeitung“, sowie eine ganze Anzahl von Arbeiterversammlungen.

In Magdeburg haben die Komites der Maurer und Zimmermeister ein Rundschreiben an die auswärtigen Innungen ergehen lassen, in welchem sie die Vertrauensmänner der Arbeiter, mit denen sie wegen der Forderung eines Minimallohnes von vierzig Pfennig per Stunde im Konflikt liegen, als Räubersführer bezeichnen, die „werthen Kollegen“ bitten, diese „Räubersführer“ nicht zu beschäftigen, und sie ihrer Bereitwilligkeit zu Gedenken zu verweisen.

Natürlich finden weder Putzkammer noch irgend ein Staatsanwalt der Korrektheit dieses Rundschreibens irgend etwas auszufehen. Dasselbe ist vielmehr im höchsten Grade geeignet, den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Berufsständeklassen in jeder Weise zu gefährden, zu befördern.

Alle Preußen sind vor dem Gesetze gleich, Standesvorrechte finden nicht statt. Wer's nicht glaubt, subire die von Putzkammer, Richthofen, Krinn und Konforien „so wahr mir Gott helfe“ beschworne preussische Verfassung.

In München wurden am 19. Juni nach mehrtägiger Verhandlung nicht weniger als 26 Sozialisten wegen „Geheimhändelei“ verurtheilt, und zwar die Genossen Ebbenberg, Schönlank, W. Ernst, Winterbium (Schreiner), Liebermann (Messerichs) und Urban (Spengler) zu sechs Monaten, die Genossen Andra (Vergolder), Rapp (Kaufmann), Eversmann, Dotter und Rühlbauer (Schneider), J. Bauer, Kleinböning, Ullmann und Eisele (Schulmacher), Weindl (Sieb-

macher), Pollinger (Schmied), Döttinger, Püttig, Döhmer und Poth (Schreiner), Griesen (Schiffbau), Birk (Bierwirt), Angermeyer (Maurer), Griesentrog (Schlosser), sowie Frau Urban zu je drei Monaten, zusammen also zu 96 Monaten Gefängnis! Wie das „Recht auf Arbeit“ mittheilt, befinden sich unter den Verurtheilten 15 Verheiratete mit theilweise sehr harter Familie.

Sechs Angeklagte wurden freigesprochen. Soweit die Einzelheiten des Prozesses ein besonderes Interesse in Anspruch nehmen, wird uns ein Spezialbericht zugehen, für heute sei nur konstatiert, daß die Anklage vorzugsweise auf die Angaben der Polizeikommissäre Gebret und Kuer, die auf Grund des famosen Dienstgeheimnisses ihre Gewährsmänner zu nennen verweigerten, sowie auf die protokolllarisch aufgenommenen Aussagen eines gewissen Duz begründet ward, der sich als Genosse geriet hatte und auch mitangeklagt war, aber im Laufe der Untersuchung gestanden ist. Ferner fungirten als Belastungszeugen zwei in ihren Liebesverhältnissen verlegte Frauen etc.

Der ganze Prozeß qualifizierte sich als ein Tendenzprozeß, wie ihn die Hausknechte des biedereren Heilighaus schon öfter inszenirt, um den verrückten Ludwig von ihrer Unentbehrlichkeit zu überzeugen. Da Bayern von Friedrichsruh aus regiert wird, so ist nicht zu befürchten, daß der Tod Ludwigs eine Aenderung in dieser Polizeiwirtschaft zur Folge haben wird.

Preußen marschirt voran. Einer von der „Berliner Volkszeitung“ veröffentlichten Statistik über das Fabrikinspektionswesen in Preußen und dem übrigen Deutschland entnehmen wir folgende charakteristische Zahlen:

	In Preußen	Im übrigen Deutschland
ein Fabrikinspektionsbezirk auf Quadrat-Kilometer	19,336	6,130
Revisionen durchschnittlich pro 1000 Quadratkilometer	18,7	70

In acht preussischen Inspektionsbezirken, aus denen genauere Berichte vorliegen, wurden 1884 nur der zehnte Theil der zu beaufsichtigenden Anlagen besichtigt, während in Sachsen 50 Prozent derselben zur Besichtigung kamen, was bei der Größe der preussischen Inspektionsbezirke kein Wunder nehmen kann.

Als aber neulich die vom Reichstag beschlossene Resolution auf Vermeidung der Fabrikinspektorate im Bundesrath zur Verhandlung kam, da beschloß (f. o.) diese erleuchtete Körperschaft kurzerhand, über die Resolution zur Tagesordnung überzugehen. Auf wessen Antrag — nicht doch — Befehl dieser Beschluß gefaßt wurde, brauchen wir nicht erst zu sagen: es ist Preußen, das Bismarck'sche Preußen oder das Preußen Bismarck's oder Bismarck von Preußen, dem die Fabrikinspektion nicht paßt. Polizei allüberall, Spitzel hier und Spitzel da, in jede Versammlung, in jede Zusammenkunft von Arbeitern, die ihre gewerblichen Interessen besprechen, in jede Schenke, wo Arbeiter versetzen, hinter jeden Politiker, der nicht vor Bismarck danchrückt, überall Polizei, nur keine Beaufsichtigung der Fabriken, die kann der Schnapsbrenner, Papierfabrikant und Sägemüller nicht leiden — in diesem Punkte will er Freiheit, volle unbeschränkte Freiheit, da läßt er Preußen voranmarschiren, wie ja auch unter seinem glorreichen Regiment Preußen noch dahin kommen wird, auch auf dem Gebiet des Schulwesens nicht nur die übrigen deutschen Staaten, sondern auch Frankreich, England, Italien etc., auf die man in Preußen ebensowenig geringschätzig herabsah, weit hinter sich zu lassen — was nämlich die Zahl der von jeder einigermaßen genügenden Schulbildung „frei“ Geliebten anbetrifft.

Holland. Unser Genosse J. Domela Nieuwenhuis ist vom Gerichtshof in Haag wegen Beleidigung des Königs von Holland und Schmähung eines Beamten, begangen durch die Presse, zu einem Jahr Gefängnis und 50 Gulden Geldstrafe verurtheilt worden. Die Haltung Nieuwenhuis' vor Gericht war eine überaus würdige und feste. Als ihn der Vorsitzende wiederholt in seiner Vertheidigungsrede unterbrach, erklärte er, auf jede Beleidigung verzichten zu wollen.

Politische Prozeßprozeße gehörien bisher in Holland zu den unbedeutendsten Dingen, denn Holland ist ein „Verfassungsstaat“. Daß man sie jetzt aus der Kumpfkammer herausrauscht, beweist, daß man anfängt, den Sozialismus zu fürchten. Und daß es Nieuwenhuis ist, der für eine zwar scharfe, aber in gemessenen Ausdrücken gehaltene Kritik in's Gefängnis muß, ist die offizielle Anerkennung von der Wirksamkeit seines Auftretens.

Wir gratuliren ihm dazu von Herzen!

Korrespondenzen.

Braunschweig. Wir haben schon kurz an das Parteiorgan berichtet, wie die hiesige Polizeidirektion den Puttkamer'schen Ufas zur Ausführung bringt. Wörtlicher hat wohl bis jetzt selbst keine preussische Polizeibehörde den famosen Ufas zur Ausführung gebracht. Den traurigen Ruhm, die Herrn Puttkamer offiziell unterstellten Satrapen an Liebedienerei noch überboten zu haben, hat sich unzweifelhaft die biederere braunschweigische Polizeidirektion erworben.

Doch lassen wir kurz das Wesentlichste über den Maurerstreik hier folgen: Die Maurergehilfen beschloßen in mehreren, zu diesem Zwecke abgehaltenen Versammlungen, mit folgenden Forderungen an ihre Principale heranzutreten:

- 1) Ein Minimalslohn von 35 Pf. pro Stunde;
- 2) gleiche Kündigungskost für Arbeiter und Arbeitgeber;
- 3) Auszahlung des vollen Lohnes am Wochenanfang;
- 4) an den Tagen vor den großen Festen eine Stunde früher Feierabend ohne Lohnabzug.

Falls diese Forderungen nicht bewilligt werden sollten, beschloß man, partielle Streiks in Szene zu setzen. Auf diesen Beschluß erließ Kamens der Baugewerks-Innung der Obermeister derselben in den amtlichen „Braunschw. Anzeigen“ folgende

Bekanntmachung:

Eine anonyme Striße-Kommission hiesiger Maurergesellen hat mit Umgehung und Mißachtung des geschwägig gewählten Gesellenausschusses den Beschluß gefaßt und zur Ausführung gebracht, die Geschäfte der hiesigen Maurermeister durch partielle Streiks lahmzulegen, um auf diese Weise die Inhaber der bedrohten Geschäfte zu zwingen, sich zur Zeit ganz unerwünschte Forderungen aufzulegen zu lassen. Um dieser Bedrohung der einzelnen Geschäfte wirksam entgegenzutreten, hat die hiesige Baugewerks-Innung beschloßen, daß am Mittwoch, den 2. Juni c. in sämtlichen, der Innung angehörenden Maurergewerken die Gesellen entslassen werden, sobald in einzelnen Geschäften am Sonnabend, den 29. Mai, von den Gesellen die Arbeit niedergelegt und damit die angegriffenen Geschäfte gesperrt werden.

Die hiesige Baugewerks-Innung beginnt mit diesem Beschlusse einen schweren Kampf um die Aufrechterhaltung der bedrohten gesellschaftlichen Ordnung. Der Kampf ist um so schwerer, weil dem Publikum theils die Ausgangspunkte zu fern liegen, theils auch so durchaus technisch-geschäftlicher Natur sind, daß sich nur dem Fachmann ein völlig klares Bild der Lage entwickeln läßt. Und doch bedarf die Innung zur Durchführung dieses Kampfes der Gunst der Behörden (!) und des Publikums in hohem Maße.

Diese Gunst zu erbitten, ist der Zweck der vorstehenden Bekanntmachung.

Braunschweig, den 28. Mai 1886.

Hochachtungsvoll

Die Baugewerks-Innung zu Braunschweig.

J. K.

Albert Rieß, Obermeister.

Daß man niemals eine freiere und geschäftlichere Sprache gegenüber so wichtigen Forderungen, wie die oben stichrten, gelesen? Ganz unumwunden wird die Befürde ausgedrückt, die Herren Innungsmeister in ihrem Kampfe gegen die Arbeiter zu unterstützen. Und das Publikum wird grandlich gemacht mit den Worten: Durch den Maurerstreik sei die gesellschaftliche Ordnung bedroht! Man sieht, daß die hiesige Baugewerks-Innung, deren Hauptvertreter der Zimmermeister Albert Rieß ist, nach berühmten Recepten arbeitet. Hier sei er-

wähnt, daß dieser Obermeister einer der niederträchtigsten und geschäftlichen Sozialistenkrieger ist.

Auf diese Bekanntmachung erließen die Maurer im „Braunschweigischen Unterhaltungsblatt“ eine Abwehr zur Klarstellung, in der die Forderungen der Gehilfenchaft dem Publikum unterbreitet wurden. Von den Inhabern der Baugeschäfte wurde hierauf eine öffentliche Versammlung einberufen, und zu dieser auch ein Theil der Arbeiter eingeladen, um eine Verständigung mit denselben zu erzielen. Zu einer solchen kam es aber in der Versammlung nicht, da die Maurer darauf bestanden, daß die Innungsmeister und Inhaber von Baugeschäften nur mit der von ihnen gewählten Kommission verhandeln, wogegen sich der Nachdruck derselben sträubte. Ferner wollten aber auch die Herren die Forderungen der Maurer nicht bewilligen, sondern nur zu Punkt 2 und 3 eine Verständigung „anbahnen“. Es wurde nun von Seiten der Arbeiter eine neue Versammlung einberufen, und diese Versammlung ist es, welche auf Grund des Sozialistengesetzes verboten ward.

Die Verbotserklärung lautet: „Auf die Eingabe vom 7. d. Mts. eröffne ich Ihnen, daß die auf den heutigen Abend zur Verhandlung über Streitangelegenheiten angemeldete öffentliche Versammlung der Maurer und Steinhauer auf Grund des § 9 des Reichsgesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 hiermit verboten wird.“

Das Ergebnis der am 5. d. Mts. stattgehabten Maurer- und Steinhauer-Versammlung, in welcher die Forderungen der Gesellen seitens der Meister im Wesentlichen (!) gewährt sind, hat den Charakter der Streikbewegung geändert. Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist nicht mehr Zweck des fortgesetzten Streiks; dem durch sozialdemokratische Agitatoren veranlaßten weiteren Streik liegt vielmehr nur noch die Absicht zu Grunde, sozialdemokratische Umsturzbestrebungen zu fördern. Die Versammlungen der Streikenden können daher ferner nicht gebildet werden. Braunschweig, den 8. Juni 1886.

Herzogliche Polizeidirektion:
Orth.

Gleichzeitig erläßt die Polizeidirektion noch folgende Bekanntmachung: Mit Bezug auf § 10 N. 6 des die Bestrafung der Polizei-Übertretungen betreffenden Gesetzes vom 27. November wird hiebei verboten, durch öffentliche Blätter oder durch Sammlung in den Häusern zur Leistung von Beiträgen zur Unterstützung der streikenden Maurer und Bauarbeiter aufzufordern. Das von der Polizeidirektion vorgeführte braunschweig. Gesetz bedroht mit Strafe, „wer durch öffentliche Blätter oder durch Sammlung in den Häusern zur Leistung von Beiträgen zu Zwecken der Wohlthätigkeit oder zu anderen gemeinschaftlichen Unternehmungen auffordert, nachdem solches durch die Polizeibehörde verboten ist.“

Man sieht, auf welche Weise heute den Arbeitern das Koalitionsrecht seitens der Polizeibehörden illusorisch gemacht wird. Freilich darf es Wunder nehmen, wenn von Oben herab die Parole dazu ausgegeben wird? Es wird aber auch hiermit die im „Sozialdemokrat“ ausgesprochene Meinung bestätigt, daß Herr Puttkamer zwar nominell nur preussischer, aber thätiglich Reichspolizeiminister sei.

Wenn etwas geeignet ist, die Arbeiter mehr zu verbittern, so ist es dieses brutale Vorgehen der Polizei. Dieses Vorgehen öffnet aber auch den indifferenten Arbeitern die Augen, und erweckt in denselben die Ueberzeugung, daß die einfachsten Rechte der Arbeiter mit Füßen getreten werden. Dadurch werden aber die Reihen der Sozialdemokraten nur verstärkt. Für die Stärkung unserer Partei sorgen unsere heutigen Gemaltheber, ohne es zu wollen.

Noch zwei allgemeine Arbeiterversammlungen wurden hier verboten. Die erste Versammlung, in der der Abgeordnete Blas über die Thätigkeit des Reichstags referiren wollte, wurde mit dem Hinweis verboten, Blas habe früher Bücher geschrieben, aus denen unzweifelhaft hervorgehe, daß er eine revolutionäre Gesinnung habe, und weiter habe derselbe auch die in Hamburg erschienenen, und später auf Grund des Sozialistengesetzes verbotene „Reichs-„Zeitung“ redigirt, die diese Auffassung nur bestätige. Also was Blas früher gesagt und geschrieben hat, ist maßgebend und dient als Grund dazu, heute eine Versammlung zu verbieten, in der derselbe in seiner Eigenschaft als Reichstagsabgeordneter seinen Wählern Bericht erstatten will. Die zweite Versammlung mit der Tagesordnung: „Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter, wurde kurz und bündig auf Grund des Sozialistengesetzes verboten.

Dies beweist aber zu Genüge, daß hier eine jede allgemeine Arbeiterversammlung verboten wird.

Nur immer so weiter, wer aus diesem Kampfe einst als Sieger hervorgehen wird, das wird die Zukunft lehren.

Zürich. (Nachruf.) Am 21. Juni beklagten wir hier einen kranken Genossen, den Jüngling Franz Siegle aus Weil der Stadt in Württemberg. Siegle, der nur 41 Jahre alt geworden, gehörte unserer Partei seit 1867 an. In den Jahren 1873 und 1874 und später war er in Straßburg für unsere Sache sehr thätig; 1881 wurde er auf Befehl Mantuffels von dort ausgewiesen. Er ging nach Zug in der Schweiz und organisierte dort eine Mitgliedschaft, deren Seele er war. 1884 begab er sich nach Göttingen und entwickelte daselbst bei der Wahlkampagne 1884 eine unermüdete Thätigkeit, die ihm die Anerkennung der Göttinger Genossen in hohem Grade erwarb. 1885 etablierte er sich in Rühmannsdorf bei Zürichsee und zog Neujahr 1886 hieher, wo ihn der Tod gerade in dem Moment ereilte, als es ihm mit großer Mühe gelungen war, sein Geschäft existenzfähig zu machen.

Als Genosse war Siegle selbstlos und opfermüthig wie wenige. Er war einer von den Soldaten, die ruhig arbeiten, ohne viel Ruffen zu machen, deren Namen nicht in weitere Kreise dringen, die aber um so höher von denen geachtet werden, die Zeugen ihres Wirkens sind.

Aber nicht nur in seiner Parteithätigkeit bewährte sich Siegle, sondern auch in seinem Privatleben. Er verzichtete auf Gründung einer eigenen Familie und sorgte seit einer Reihe von Jahren für eine Schwester mit ihrem Kinde, während die übrigen, sehr bigotten Familienmitglieder, darunter ein Bruder, der Pfaffe ist, sich nicht um sie kümmerten, und ihn als einen „Schandfleck“ der Familie betrachteten. Jetzt, nachdem er todt ist, wollten sie aber trotzdem den Pfaffen an seinem Grabe haben, zu welchem Zwecke eine Schwester extra hergereist kam. Seine hier befindliche Schwester und die Genossen sorgten aber dafür, daß dem Todten diese Schmach, die er bei Lebzeiten bitter empfunden haben würde, erspart blieb.

Genosse Laufer sprach einige warm empfundene Worte am Grabe unseres Freundes und legte im Namen der Zürcher Mitgliedschaft einen Lorbeerzweig mit rother Spitze an dasselbe nieder.

Wir werden das Andenken des Dahingegangenen in Ehren halten.

Quittung.

Von den rothen Internationalen in Samaden (Engadin) für die freiziehenden Schlosser in Zürich Fr. 14 20 erhalten zu haben, bezeichnigt dankend

Für die Streikkommission:
P. S., Kassler.

Briefkasten

der Redaktion: Einsendungen eingetroffen aus: Dresden Stuttgart, Offenburg, Stadthagen. Daß: Akzept. empfangen. Dank. Verwendung baldigst Mainz: Erlang. empfangen. Antwort brieflich. Rosend. in New-York: Bf. empfangen, Bespr. der gesandten Schriften in nächster Nummer.

der Expedition: Ford: Bf. pr. Beil. am 22/6. erh. Betr. Rg. anderer Meinung. — Ch. Pommer Almeida: Bf. v. 24/6. am 20/6. erh. R. W. 11 abgibt, ebenso Bldr. Weiter Gewünschtes separat unmöglich, ins Ganze zu kostspielig. Gruß! — Falken: Wird noch kommen. Zwischenhand sehr schwerfällig. Bf. möhlichhalten angelegt und längst weiter. Ford: folgt dir. — Dr. Glemm: Rf. 10 90 pr. Verlag gutgebr. Ertragtes unterwogen. — D. C. P. a. S.: Ihr Verlangen vom 17/6. haben am 19. geeigneten Orts vorgelegt. — J. G. Wöden: Rf. 5 — f. Bdr. u. Porto erh. Bldg. folgt nach Wunsch. — Ch. P. B. i. D.: Rf. 4 30 Ab. 3. Du. erh. — Appollon: Rf. 6 — Ab. 3. Du. u. Schft. erh. — Rothfärbler: Rf. 150 à Cto. Ab. 1c. erh. — Berrina: Rf. 650 —

à Cto. Ab. u. Schft. pr. Ferd. erh. — Klemm: Rf. 1322 08 à Cto. Ab. u. Schft. besgl. erh. — Jaun-Gien: Rf. 7 — Ab. 3. Du. u. Schft. erh. Mit Nr. 26 Weiteres berichtet. — Zukrest: Fr. 100 — am 18. erh. Bf. ermartet. — Zuchs: Rf. 500 — à Cto. Ab. u. Schft. u. Kdr. geordnet. Bf. mehr. — Rothfärbler: Rf. 14 29 Ab. 2. Du. erh. — P. Mf. Schf.: Rf. 3 — Ab. 3. Du. erh. — Beelgebud: Rf. 4 50 Ab. 3. Du. u. Schft. erh. Bldg. nach Wunsch. Schreiben Sie die direct an ihn. — J. B. Interlafen: Fr. 1 — à Cto. Ab. ab Mitte J. gutgebr. — R. Sch. B.: Rf. 37 45 à Cto. div. Ab. erh. Bf. mehr. Hannibal: Rf. 4 30 Ab. 3. Du. erh. Beil. 1c. bejorgt. Benützte Sie gut. — Landkreis Köln a/Ms.: Rf. 100 à Cto. Ab. 1c. erh. — Rof. Koppel: Bf. v. 14. am 17/6. beanta. — Zug: Fr. 10 — à Cto. erh. — Dr. P. B. L.: Rf. 4 50 f. Schft. 1c. erh. Edg. abgg. — R. P. Bf.: Rf. 3 — Ab. 2. Du. erh. — G. Mr. Sp.: Rf. 40 — 1 S. D. erh. — S. B. C. a. R.: Rf. 6 05 f. Schft. erh. Edg. abg. — C. H. Bf.: Rf. 3 — Ab. 3. Du. erh. — Roderich: Das 3. D. wird hiermit zur Quittung in Nr. 4 nachträgl. als bezahlt nachgetragen Weiteres am 22/6. Bf. — Jürgeln: Kdr. G. gelöst. Alles fort la. P. R. v. 21/6. — Abdr. Thierfdr. R. York: Bf. v. 11/6. erh. u. übermitteln lassen. Erse. weniger, aber die Arbeit drängen u. entscheidend. Fr. 100. Einiges allerdings sehr problematisches. — R. — Abdr. Baltim.: Betr. Bldg. Käheres später. Dgs. schwerl. Erjag 20 mit 26 fort. Gruß! — J. G. Rbg.: Rf. 8 60 Ab. 3. u. 4. D. erh. — Friz: Rf. 79 78 à Cto. Ab. 1c. erh. Bf. ermartet. — Beld. Hof: Fr. 5 — Ab. 3. u. 4. Du., Fr. 2 50 Bldg. 1—VII u. Fr. — pr. Ufsd. btd. erh. Edg. fort am 26/6. — J. R. Wbf.: Rf. 4 30 Ab. 3. Du. erh. Erj. mit 26 fort. — Fog.: Rf. 5 — Ab. 3. Du. u. Schft. erh. — R. Hgr. Gmf.: Fr. 2 — Ab. 3. Du. erh. — Kap. Hbl. Louis (75 Cents) Fr. 3 85 pr. Bldr. 1c. erh. — Insel Nainau: Rf. 1—Rücksammlung pr. Ufsd. btd. erh. — Nothor Voigtländer: Rf. 40 — Ab. 2. Du. 1c. erh. u. bejorgt. Kdr. geordnet. Bldg. folgt. — D. — Bldg.: Rf. 2 40 f. Schft. erh. — C. S. B.: Rf. 4 30 Ab. 3. Du. erh. — C. G. Komm.: Rf. 5 — pr. Ab. 3. Du. 1c. gutgebr. — Dr. Sp. Bf.: Rf. 1 — f. Schft. erh. Edg. mit 26 fort. — Daß: Alles erh. wird willkommen sein. — J. H. Sydne: An P. Rade seither alle 14 Wochen pünktlich geliefert. Hat hierher nicht regulirt. Stodung unklarlich. — Rübezahl: Bf. v. 21/6. erh. Franfur gegenseitig. Rf. 3 — waren frankirt. — New-York: (25 Doll.) Fr. 126 60 ob. „unehrbar“ ist oder nicht — als Diäten für unsere Abgeordneten, u. Wenig man's Cigarren-Schop durch R. Berggren gesamt am 23/6. btd. erh. Gruß! — J. P. Paris: Besl. nur in Ihren Exp. welche schon fort waren. Sonst in der ganzen Auflage erschienen. Zukrest: Gewünshtes folgt H. Bf. v. 20. ds. Bitten S. um Kuffelung zu seiner Zahlung v. 14/6. — Durfge Seele: Rf. 11 40 lt. Bdr. pr. Ab. 3. Du. erh. Beigabe btd. verwerthet. — Rayl: Rf. 105 20 Cto. Ab. erh. Bf. Weiteres. —

Auf mehrfache Anfragen:

Der Drechsler Theodor Dastner aus Straubing (Bayer.) zuletzt in Schaffhausen, gehört schon seit 1878 nicht mehr zu unserer Partei. Seit man ihm im Offenbach-Dieburger Wahlkreis das Mandat des Deutschnachrichtens und Schwabens geleigt, bestrebt er uns mit allen Mitteln der Lüge und Verleumdung, als Moskischer Agent. Seine anarchoistische Thätigkeit in der Schweiz ist bekannt durch den Berner Prozeß. Daß er also Unterstützung ansprüche als „Gemaßregelter der Partei“ habe, ist ein Schwindel.

Offenbar rechnet er bei seinen süddeutschen Besuchen darauf, daß er nicht in der „schwarzen Liste“ steht, und der wir ihn hier mit einzuverleiben dringen aufzufordern. Hüte man sich allemwärts vor diesem Hallunken und Deutschnachrichtens und geb. Kenntniß von seinem Treiben, wo er sich zeigt.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Anforderung.

Wir ersuchen B. Boér, aus Lüttich ausgewiesen, seine Angelegenheit mit uns innerhalb 14 Tagen zu regeln; andernfalls werden wir weitere Schritte thun. Paris, 22. Juni 1886.

Die Geschäfts-Kommission:
J. F. Sekretär.

Paris Der Scandinavische Les- und Diskussionsverein Paris hat sein Lokal: Café Général, Rue de Rivoli 56 vis-à-vis de l'Hôtel de Ville (früher Café de la Ville, Rue de Rivoli 75).

Blätter verschiedener Sprachen liegen daselbst zu jeder Zeit aus. Jeden Montag Abend 9 Uhr öffentliche Versammlung mit Vorträgen und Diskussion. Gratis-Unterricht in Sprachen und verschiedenen anderen Fächern wird daselbst erteilt.

Paris Das Verkehrslokal der deutschen Sozialisten Paris ist nunmehr:

76 Rue François Miron 76.

Jeden Samstag Abend öffentliche Versammlung. Genossen wollen daselbst stets rechtzeitig nützige Erkundigungen in beruflichen Dingen einholen. Entsprechende Legitimation ist erforderlich.

United Socialist Societies of London.

Sonntag, den 4. Juli d. J.:

Demonstration

und Ausflug nach „Epping Forest“ (Robin Hood) Morgens 9 Uhr: Abmarsch der Westend-Bereine nach Liverpool Station. Auffstellung: Tottenham St. und Epping St. W.

Morgens 9¹/₂ Uhr: Abmarsch der Ostend-Bereine nach Liverpool Station. Auffstellung: 23 Prinzeß Square E. 10 Uhr 40 Min.: Abfahrt nach Longthorn Station. (Bahnbillet 1 Sch.) Zur Theilnahme laden alle Londoner Freunde und Genossen ein Die Delegirten.

Sozialistisches Hauptquartier in New-York.

Freie Lesehalle mit Bibliothek 143 Achte Str. Täglich, inclusive Sonntags, geöffnet von 9 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. Gaben an Schriften und Büchern dankbar entgegenommen. — Adresse: Free Socialist Library, 148 Eighth St. New-York. U. S. (4-4)

Unsere Abonnenten in der Schweiz

zur gef. Kenntniß, daß wir diejenigen bisherigen Abonnenten, welche die Annahme unseres Blattes seit Beginn dieses Quartals nicht ablehnten, auch für das laufende Quartal als Abonnenten vortragen und Nachnahme sofort nach Ausgabe von Nr. 27 erheben werden, sofern die betreffenden Abonnementsbeträge nicht schon eingefandt wurden.

Schweizerische Genossenschafts-Verbandsratte Döttingen-Zürich.